

Protokoll

über die 38. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 23.03.2017, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
Stadtpräsident
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Ingrid Paradies
Herr Andreas Schnieber

Fraktionsvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärger
Herr Olaf Wuttke

1. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis
Frau Jutta Kross
Herr Wolfgang Rüdiger

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende
2. stellv. Stadtpräsidentin

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung

Herr Rolf Jagemann

Herr Klaus Lieberknecht

Herr Niels Schmidt

Bürgermeister

Herr Volkmar Scholz

Herr Burkhard Springer

zu TOP 4

Herr Ralf Waßmann

Frau Martina Weisser

Schriftführerin

Frau Simone Zippel

Es fehlte entschuldigt:FDP-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Jugendbeirat

Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

Es waren außerdem 2 Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Kloevekorn alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates durch die Anwesenheit von 29 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung. Ein Änderungswunsch zur Tagesordnung liegt vor.

Herr Funck beantragt, TOP 13 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Dem Antrag wird gefolgt. TOP 13 wird öffentlich beraten.

Jetzt beschließt der Rat ebenfalls einstimmig:

Beschluss

TOP 12 und 14 werden nichtöffentlich behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Bürgermeister Frau Zippel vor. Frau Zippel ist die neue Klimaschutzmanagerin der Stadt Wedel. Frau Zippel stellt sich in einem kurzen Wortbeitrag vor. Der Stadtpräsident wünscht im Namen des Rates einen guten Start bei der Stadt Wedel.

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 37.Sitzung vom 23.02.2017
 - 3.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern
 - 4.) Kindertagesstätten in Wedel
Erweiterungsbau der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe
 - 5.) Landschaftsplan 2009, 6. Teilfortschreibung "Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz"
hier: Aufstellungsbeschluss
 - 6.) 6. Änderung des Flächennutzungsplans "Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz"
hier: Aufstellungsbeschluss
 - 7.) Bebauungsplan Nr. 50 a "Freizeitzentrum", 2. Änderung "Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz"
hier: Aufstellungsbeschluss
 - 8.) Bebauungsplan Nr. 83 "Einmündung Rissener Straße (B 431)/Industriestraße"
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
 - 9.) Entwicklungsgebiet Wedel Nord
hier: Rahmenplan und städtebauliche Rahmenbedingungen
 - 10.) Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalbindung
 - 11.) Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 11.2 Vorlage einer Stadtverordnung gemäß § 55 Abs. 3 LVwG
-

hier: Verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühjahrsmarktes und Herbstmarktes 2017

- 11.3 Schriftliche Anfragen
 - 11.4 Mündliche Mitteilungen und Anfragen
 - 12.) Stadtparkasse Wedel
 - 12.1 Stellungnahme und Antrag des Seniorenbeirates
 - 12.2 Antrag der Bd.90/Grüne-Fraktion
 - 12.3 Öffentliche Beratung zu der nichtöffentlichen Beschlussvorlage Stadtparkasse
 - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
 - 12.4 Stadtparkasse Wedel Stellungnahme des Trägers gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 7 SpkG
 - 13.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 37. Sitzung vom 23.02.2017
 - 14.) Mitteilungen und Anfragen
 - 14.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 14.2 Schriftliche Anfragen
 - 14.3 Mündliche Mitteilungen und Anfragen
 - 15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit
- 

1.) Einwohnerfragestunde

Es haben sich 3 Fragesteller mit 7 Fragen in die Liste eingetragen. Die 1. Fragestellerin ist Frau Imme Strüven. Sie möchte wissen, weshalb es so lange dauert, bis eine Nachfolge für den Betrieb des ehemaligen „KingX“ gefunden wird.

Herr Schmidt antwortet, dass es voraussichtlich sehr schwer werden wird, überhaupt einen Nachfolger zu finden. Der Betrieb in der jetzigen Form ist nicht attraktiv. Die bislang einzigen Interessenten sind auch wieder abgesprungen. Interessenten sind herzlich willkommen.

Bevor der Stadtpräsident den nachfolgenden - als Fragesteller gut bekannten - Personen das Wort erteilt, bittet er diese ausdrücklich darum, sich auf die reine Fragestellungen zu Selbstverwaltungsangelegenheiten, also den Rat betreffende Fragen, zu beschränken und keine langen Wortbeiträge abzugeben.

Eingangstür Stadtbücherei

Der Fragesteller Herr Pflüger fragt, ob es möglich sei, die automatische Eingangstür zur Stadtbücherei leichtgängiger einzustellen.

Herr Schmidt erwidert, dass genau das gemeint war mit der Bitte des Stadtpräsidenten, sich auf Selbstverwaltungsangelegenheiten zu beschränken. Derartige Fragestellungen gehören nicht in die Ratssitzung. Er sagt zu, die Frage an die zuständigen Mitarbeiter weiterzuleiten, bittet den Fragesteller aber, derartige Fragestellungen bei Bedarf zukünftig direkt in der Verwaltung zu klären.

Ponton für Traditionsschiffe im Stadthafen

Herr Pflüger fragt weiter, ob der geplante Ponton für Traditionsschiffe überhaupt noch gebaut werden muss in Anbetracht der Tatsache, dass demnächst überhaupt keine Traditionsschiffe mehr fahren werden aufgrund geplanter extrem hohen Auflagen des Gesetzgebers.

Herr Schmidt antwortet, dass es erstens noch gar nicht sicher sei, dass die gesetzlichen Bestimmungen, wie zur Zeit diskutiert, verabschiedet werden. Außerdem, so Herr Schmidt können an dem Ponton ja auch andere Schiffe anlegen. Eine Attraktivitätssteigerung ist der Ponton auf jeden Fall. Es ist nicht geplant, die weiteren Planungen einzustellen.

Hafenmeisterhaus

Herr Pflüger fragt, ob nicht das alte Hafenmeisterhaus umgebaut und anschließend der verlagerte Fischimbiss bzw. ein Kiosk dort wieder angesiedelt werden könnte.

Der Bürgermeister antwortet, dass dieses eine politische Entscheidung sei, die Überlegungen aber in diese Richtung gehen würden.

Ostpromenade

Die nächste Frage lautet, ob aufgrund der desolaten Haushaltslage die Ostpromenade zu Ende gebaut werden muss.



Herr Schmidt erklärt, dass für das gesamte Hafenprojekt Städtebaufördermittel fließen. Um diese nicht zu gefährden, wird die Ostmole wie geplant ausgebaut.

Hafenkopf

Auf die Frage zum Sachstand durch Herrn Pflüger erläutert der Bürgermeister den derzeitigen Sachstand.

Kosten für das Wegschleppen des Pontons zwecks Entschlickung

Der nächste Fragesteller Herr Imbeck fragt nach den diesbezüglichen Kosten. Herr Wuttke und Herr Schernikau antworten, dass das Schleppen ca. 20.000,-- kostet, die Gesamtmaßnahme inkl. Entschlickung ca. 25.000,--.

Eine weitere Frage Herrn Imbecks lässt der Stadtpräsident nicht zu, da für diese nicht der Rat, sondern der Jugendbeirat zuständig ist. Er rät dem Fragesteller, sich direkt an den Jugendbeirat zu wenden.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

2.) **Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 37.Sitzung vom 23.02.2017**

Frau Kärgel bittet um die folgende kleine Änderung zu

Top 7.5. Mündliche Mitteilungen, zweiter Absatz:

"Herr Barop führt aus, dass er **und Frau Kärgel an dem Runden Tisch beim Umweltministerium in Kiel** teilgenommen hätten.

Mit dieser Änderung beschließt der Rat mit 26 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss

Das Protokoll mit dem öffentlichen Teil wird genehmigt.

3.) **Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern**

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat wählt

als stimmberechtigtes Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss Herrn Rene Penz (für die WSI) als Nachfolgerin für das bisherige Mitglied Frau Ingrid Paradies,

als 5. stellvertretendes Mitglied in den Planungsausschuss Herrn Rene Penz(für die WSI),

als 5. Stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport Herrn Florian Klever (für die SPD).

**4.) Kindertagesstätten in Wedel
Erweiterungsbau der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe
Vorlage: BV/2017/012**

Nachdem Herr Barop als Vorsitzender des Ausschusseses für Bildung, Kultur und Sport die Beschlussvorlage vorgetragen hat und Frau Kärger die Entwicklung für die Grüne-Fraktion ausdrücklich begrüßt, beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt:

Die Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung im Kreis Pinneberg gemeinnützige GmbH erhält einen zusätzlichen Zuschuss zur Errichtung des Erweiterungsbaus an der Kita Bekstraße i.H.v. 267.000 €.

Der Zuschussbetrag wird durch Umwidmung von im Jahr 2016 nicht verbrauchten Haushaltsmitteln für Kita-Investitionen bereitgestellt.

**5.) Landschaftsplan 2009, 6. Teilfortschreibung "Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz"
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/2017/018**

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die Aufstellung der 6. Teilfortschreibung des Landschaftsplans 2009 für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 50 a „Freizeitzentrum“, 2. Änderung „Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz“.



- 6.) **6. Änderung des Flächennutzungsplans "Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz"**
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/2017/019

Herr Schernikau trägt die Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die Aufstellung der 6. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 50 a Freizeitzentrum, 2. Änderung „Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz“.

- 7.) **Bebauungsplan Nr. 50 a "Freizeitzentrum", 2. Änderung "Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz"**
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/2017/020

Auch diese Beschlussvorlage wird von Herrn Schernikau vorgetragen. Der Rat beschließt auch hier einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die Aufstellung der 2. Änderung „Wohnmobilstellplatz, Markt- und Festplatz“ des Bebauungsplans Nr. 50 a „Freizeitzentrum“.

Das Plangebiet wird im Westen durch das Landschaftsschutzgebiet „Pinneberger Elbmarschen“, im Norden durch das Landschaftsschutzgebiet „Pinneberger Elbmarschen“ und dem Natura 2000 Gebiet „Schleswig-holsteinisches Elbästuar und angrenzende Flächen“, im Osten durch einen öffentlichen Parkplatz bzw. dem Markt- und Festplatz und im Süden durch die Straße „Am Freibad“ begrenzt.

- 8.) **Bebauungsplan Nr. 83 "Einmündung Rissener Straße (B 431)/Industriestraße"**
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2017/016

Herr Eichhorn eröffnet die Diskussion mit der Information, dass die SPD mehr als befremdet sei, dass kein Radweg mit geplant wurde. Trotz Beteiligung des ADFC und dessen Empfehlung, einen Radweg einzuplanen, habe die Verwaltung keinen Radweg in die Planung aufgenommen. Die SPD ist überrascht. Seit Jahren wird über ein Radwegekonzept zur Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs diskutiert, alle Parteien waren sich einig, dass die Radwegesituation verbessert werden muss und



nun wird an dieser Stelle kein Radweg eingeplant. Wenn der Grund hierfür zu wenig vorhandene Fläche sein sollte, hätte die Stadt von Hamburg von vornherein mehr Flächen kaufen müssen. Jetzt einfach zu erklären, das Weglassen des Radwegs sei alternativlos, will die SPD-Fraktion nicht akzeptieren.

Herr Eichhorn beantragt:

Antrag

Die Beschlussvorlage wird in den Planungsausschuss zurückverweisen.

Da zum B-Plan BusinessPark Elbufer ein Gerichtsverfahren läuft, ist Zeit, im Ausschuss über Planungsänderungen zu beraten.

Herr Wuttke führt aus, dass die Grünen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des ADFC auch über das „Problem“ des fehlenden Radwegs nachgedacht haben. Genau angrenzend befindet sich auf Hamburger Gebiet die Bundesforschungsanstalt. Wedels Einfluss ist daher begrenzt.

Nach weiteren Überlegungen geht die Grüne-Fraktion davon aus, dass Radfahrer, die aus Richtung BusinessPark kommen, kaum bis an die Kreuzung zur B 431 fahren werden. Er gibt genügend Möglichkeiten, auf anderen Straßen ans Ziel zu kommen. Natürlich sind die Grünen auch für den Ausbau des Radwegenetzes. Aber der Kreuzungsbereich hier ist keine gute Stelle für den Radverkehr. Die Grünen werden der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Schmidt wirft ein, dass der ADFC um ein Gespräch gebeten hatte. Man will versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden.

Herr Schernikau erklärt, dass auch die Diskussion im Ausschuss deutlich gezeigt hatte, dass die Situation als unbefriedigend betrachtet wird. Allerdings ist die tatsächliche Frequenz des Radverkehrs im Kreuzungsbereich zur Zeit noch gar nicht erkennbar. Wie Herr Wuttke schon ausführte, werden die meisten Radfahrer sehr wahrscheinlich den Kreuzungsbereich meiden und bessere Wege finden und nutzen. Die räumlichen Gegebenheiten sind leider so wie sie sind. Die CDU-Fraktion wird nach Abwägung aller Argumente der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass er trotz der von den Grünen vorgeschlagenen alternativen Routen doch gerne selber entscheiden möchte, auf welchem Weg er z.B. in den Kloevensteen kommt. Die Linke-Fraktion wird daher dem Antrag von Herrn Eichhorn zustimmen.

Herr Barop fragt, ob wirklich ernsthaft jemand glaubt, dass nach einem heutigen Beschluss in vielleicht 5 Jahren alles noch einmal aufgerissen werden wird, um nachträglich einen Fahrradweg zu bauen. Er glaubt das jedenfalls nicht. Es ist seiner Meinung nach zu kritisieren, dass die Verwaltung nicht von vornherein bei den Grundstücksverhandlungen auf mehr Gelände gepocht hat. Die Wahrscheinlichkeiten zu alternativen Radwegerouten, die Herr Wuttke aufgezeigt hat, sind nach Ansicht Herrn Barops reine Kaffeesatzleserei. Daher appelliert Herr Barop an den Rat, dem Verweisungsantrag zurück in den Planungsausschuss zuzustimmen. Bis zum nächsten Planungsausschuss wird auch das Gesprächsergebnis zwischen dem ADFC und der Verwaltung bekannt und ggf. Grundlage für die weitere Diskussion sein.



Herr Grabau gibt zu bedenken, dass Radfahrer in dem Kreuzungsbereich aufgrund des massiven LKW-Verkehrs extrem gefährdet sein werden und daher von vornherein anders geleitet werden sollten.

Herr Kissig kann nachvollziehen, dass die Situation des fehlende Fahrradweges von vielen Ratsmitgliedern kritisch betrachtet wird. Aber es wird seiner Auffassung nach doch niemand ernsthaft annehmen, dass neue Grundstücksverhandlungen mit der Bundesforschungsanstalt innerhalb von 4 Wochen bis zum nächsten Planungsausschuss erfolgreich verlaufen sein werden. Die bisherigen Verhandlungen haben 6 Jahre gedauert. Die CDU-Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Funck für die WSI schließt sich umfänglich den Argumenten der Grüne-Fraktion an. Das Thema ist im Planungsausschuss hinreichend erörtert worden. Eine nochmalige Verweisung wird zu keinem anderen Ergebnis führen. Daher wird die WSI der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen.

Jetzt beschließt der Rat zunächst über den Verweisungsantrag mit 6:23:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen)

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann beschließt der Rat mit 23:6:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt:

1. Die während der Auslegung von der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB) und den Behörden (§ 4 (2) BauGB) abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen.
2. Den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 83 „Einmündung Rissener Straße (B 431)/Industriestraße“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung des Bebauungsplans zu billigen.

- 9.) **Entwicklungsgebiet Wedel Nord**
hier: Rahmenplan und städtebauliche Rahmenbedingungen
Vorlage: BV/2017/025

Herr Schernikau als Vorsitzender des Planungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Murphy verliest den folgenden Änderungsantrag der Linke-Fraktion:

Antrag

Der Rat möge beschließen:

Absatz 2 wird entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Rates vom 20.11.2014 wie folgt geändert:

„Einen Anteil im öffentlich geförderten Miet- und Eigentumswohnungsbau von 30 % der gesamten zu errichtenden Wohnfläche.“

Herr Dr. Murphy erklärt, dass er in seiner Antragsbegründung u.a. auf die rätselhafte Vorgeschichte zu dem Rahmenplan eingehen möchte.

2014 gab es endlich einen Beschluss, wonach 30 % des Wohnungsbaus in Wedel mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus erstellt werden sollen. Der Beschluss wurde mit 19 Ja und 11 Nein-Stimmen am 20.11.2014 gefasst. 5 von 6 Fraktionen stimmten zu. Beschlossen wurden 30 % der Wohnungsflächen, während die mit „nein“ stimmende Fraktion 30 % der Wohnungseinheiten gefordert hatte. Begründet wurde dieses damit, dass andernfalls erhebliche Kosten für Sozialarbeit auf die Stadt zukommen würden. Diese Aussage, so Herr Dr. Murphy, spricht für sich selbst. Im Rahmenplan ist nun wundersamerweise doch von Wohnflächeneinheiten und nicht, wie 2014 beschlossen, von Wohnungsflächen die Rede. Dieses, so Herr Dr. Murphy, ist ein klarer Sieg für die 2014 unterlegene Fraktion. In der Realität bedeutet dieses jedenfalls eine deutliche Reduzierung des geförderten Wohnraums. Die Linke-Fraktion stellt sich die Frage, wie es zum Abrücken von dem Mehrheitsbeschluss aus 2014 kommen konnte. Im Planungsausschuss haben jetzt 4 der in 2014 noch für Wohnungsfläche zustimmenden Fraktionen bewusst anders abgestimmt, offenbar ganz nach der Devise „Was schert mich mein Gerede von gestern.“

Mit seinem heutigen Änderungsantrag heute möchte Herr Dr. Murphy daher den Fraktionen die Gelegenheit geben, den damaligen Beschluss aus 2014 zu bekräftigen. Andernfalls würde der Beschluss heute in die Tonne getreten werden.

Frau Koschorrek bezieht sich auf die neuesten Prognosen der Landesregierung, wonach Wedel einen hohen Bedarf an zusätzlichem Wohnraum hat und haben wird. Knapper Wohnraum hat die Preise sehr stark ansteigen lassen. Zu berücksichtigen sind auch die zugewiesenen Flüchtlinge und die zukünftigen Angestellten des BusinessParks, die alle Wohnraum in Wedel suchen werden. Die FDP-Fraktion trägt die Beschlussvorlage in vollem Umfang mit, auch aufgrund der im Rahmenplan beschriebenen Rahmenbedingungen wie der Ausweitung von Wedel Nord in einzelnen Bauabschnitten und der geplanten verkehrlichen Nordspange. Jede andere als diese Variante 8 b würde zu Horrorsituationen im Bereich Gärtnerstraße und Steinberg führen. Schon jetzt ist der Verkehr in diesem Bereich extrem belastend. Den Anträgen der Linke- und der SPD-Fraktion wird die FDP nicht zustimmen. Über den letzten Satz in dem Antrag der Grüne-Fraktion muss nach Meinung von Frau Koschorrek nicht abgestimmt werden.

Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion stimmt den Aussagen Herrn Dr. Murphys zu. Herr Eichhorn macht deutlich, dass gerade auch die SPD-Fraktion jahrelang für einen 30 % tigen geförderten Wohnungsbau gekämpft hat. Die SPD betreibt auch Selbstkritik und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass man sich an den Beschluss von 2014 halten

sollte. Gute Gründe für ein Abweichen sieht die SPD-Fraktion nicht. Die SPD-Fraktion wird den Antrag der Linke-Fraktion daher unterstützen.

Jetzt verliest Herr Eichhorn den folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Antrag

Im Punkt 1. wird der Satz „Die verkehrliche „Variante 8b“, die als Ziel den Bau einer Verbindung zwischen Pinneberger Straße und Holmer Straße vorsieht“ gestrichen.

Herr Eichhorn begründet den Antrag damit, dass in einzelnen Bauabschnitten gebaut werden wird. Auch wenn die SPD-Fraktion die Variante 8b für umsetzbar hält und vielleicht sogar gut findet, muss hierüber heute nicht beschlossen werden. Es kann durchaus die Errichtung der ersten Bauabschnitte bzw. des ersten Bauabschnitts abgewartet werden.

Herr Funck führt aus, dass die WSI bereits bei verschiedenen Gelegenheiten daraufhin hingewiesen hatte, dass die geplante Größe des Wohngebietes die Stadt in mehrfacher Hinsicht überfordern wird. Das gilt insbesondere für den bisher angedachten kurzen Zeitraum der Umsetzung dieses städtebaulichen Großprojektes. In der fiskalischen Wirkungsanalyse wird aufgrund von Erfahrungswerten davon ausgegangen, dass ein neues Wohngebiet nur zu etwa 20% für Wedlerinnen und Wedeler ein neues Zuhause schafft. Es wird vielmehr zu einem erheblichen Zuzug von außen nach Wedel führen. Der jetzige Beschlussentwurf, so Herr Funck, verändert im Übrigen die Annahmen der fiskalischen Wirkungsanalyse hinsichtlich der sozialen Struktur des Wohngebietes erheblich. Lt. Beschlussvorschlag sollen "...30% aller zu errichtenden Wohneinheiten..." im öffentlich geförderten Wohnungsbau liegen, in der Fiskalischen Wirkungsanalyse sind aber nur 30% des Geschosswohnungsbaus einkalkuliert. Während die WSI einerseits den höheren Anteil an Geschosswohnungsbau begrüßt, geht sie aber auch davon aus, dass sich die finanziellen Auswirkungen dadurch erheblich verändern. Und es ist naheliegend, dass die finanziellen Mehrbelastungen für die Stadt dadurch noch höher werden. Dabei liegen diese schon bei den bisherigen Berechnungen bei mehreren 100.000,00 Euro jährlich für die nächsten 10 Jahre. Diese Kosten des zwingend notwendigen Ausbaus der städtischen Infrastruktur für ein Wohngebiet dieser Größe -z.B. Kitas und Schulen - sind in der gegenwärtigen und der absehbaren zukünftigen Haushaltssituation nach Auffassung der WSI nicht zu verantworten. Die WSI steht für eine Entwicklung mit Vorrang für innerstädtische Verdichtung und Ausweisung kleinerer Baugebiete, wovon durchaus eines auch im Bereich von Wedel Nord liegen kann. Die WSI ist überzeugt, dass in einer zurückhaltenden Stadtentwicklungspolitik auch ein Beitrag zur richtigen Verkehrspolitik für Wedel liegt. Die Gefahr, dass ein neues Stadtgebiet dieser Größe endgültig zum Verkehrsinfarkt führt, ist aus Sicht der WSI-Fraktion zu groß. Eine Umfahrung, die aus erheblich eigenen städtischen Mitteln bezahlt werden muss, überfordert unsere Stadt auf absehbare Zeit. Gleichzeitig glaubt die WSI auch nicht, dass der erhoffte Effekt wirklich eintreten wird. Und Verkehrsströme lediglich zu verlagern ist keine Verkehrspolitik mit Zukunftscharakter. Die WSI bezweifelt insgesamt, dass Wedel Nord bei der Mehrheit der Wedeler Bevölkerung positive Resonanz findet. Insofern kann die WSI sich durchaus mit der Vorstellung der Grünen anfreunden, den Entwurf des Rahmenplans zunächst noch mal in einer Bürgerveranstaltung zur Diskussion zu stellen, auch wenn man sich dessen bewusst sein muss, dass eine solche Veranstaltung immer nur eine Momentaufnahme und begrenzt repräsentativ ist. Hier und heute wird die WSI-Fraktion den Beschlussvorschlag zum Rahmenplan ablehnen. Zu den Änderungsanträgen mehrerer Fraktionen wird sich die WSI enthalten.

Zu Beginn seines Wortbeitrags erklärt Herr Wuttke für die Grüne-Fraktion, dass diese die Entwicklung eines neuen Stadtteils ausdrücklich begrüßt. Diese Haltung wird die Grüne-Fraktion heute durch Zustimmung zur Beschlussvorlage auch verdeutlichen. Auf den 1. Blick hat die Beschlussvorlage nur 2 klitzekleine Punkte zum Inhalt, was die weiteren Planungen betrifft. Aber tatsächlich geht es um eine Erschließungsstraße, eine bestimmte Anzahl an Wohnungen und einen 30 % tigen geförderten Wohnungsbau, wobei es um 30 % der Wohnungsflächen oder der Wohnungseinheiten geht. Es geht dabei um 900 oder 1000 neue Wohnungen. Es wird sich im Laufe der Jahre, so prophezeit Herr Wuttke, diesbezüglich noch viel entwickeln und auch verändern. Er stellt daher die Frage in den Raum, ob man trotzdem heute schon auf ein einziges Pferd setzen soll bezüglich der Festschreibung einer äußeren Erschließung. Mit der äußeren Erschließung hat sich die AG Wedel Nord bisher inhaltlich noch fast gar nicht beschäftigt. ARGUS hat insgesamt 8 Varianten einer Erschließung ausgearbeitet und vorgestellt. Es wurde aber bisher überhaupt nicht betrachtet, ob es neben der Variante 8b möglicherweise noch weitere Alternativen unter den anderen 7 von ARGUS ausgearbeiteten Varianten geben könnte. Das finden die Grünen schlecht. Die Verwaltung selbst erklärt so ja auch in der Begründung zur Beschlussvorlage, dass der Ausbau einer Erschließungsstraße zwischen Bündtwiete und Pinneberger Straße zunächst ausreichend sei. Eine westliche Anbindung zum jetzigen Zeitpunkt ist also auch aus Sicht der Verwaltung noch gar nicht erforderlich. Die Verwaltung selbst hatte außerdem vorgeschlagen, die Diskussion zu einer äußeren Erschließungsstraße in einer der nächsten Sitzungen des Planungsausschusses aufzunehmen. Fazit, so Herr Wuttke: Es gibt keinen Zeitdruck. Die Politik braucht eine ehrliche und offene Diskussion dazu, welche der insgesamt 8 Varianten die beste wäre. Ihm ist bewusst, dass das nicht alle Fraktionen so sehen und gut finden. Aber es darf nicht vergessen werden, dass ARGUS alle 8 Varianten in der AG Wedel Nord vorgestellt hatte und die AG-Mitglieder alle 8 Varianten bewertet hatten. Dabei bekam die heute zu beschließende Variante die meisten roten Minus-Punkte. Dagegen bekam die Variante gemäß dem Grüne-Antrag die meisten grünen Plus-Punkte. Bei allem Verständnis dafür, dass 2 Ratsfraktionen die Variante 8b extrem befürworten und als heimliche Nordumfahrung durchsetzen möchten, es ist genug Zeit, alle anderen Varianten auch noch zu diskutieren. Daher beantragt die Grüne-Fraktion:

Antrag

- (A) In Punkt 1. Der Beschlussvorlage bleiben die Sätze 1,3 und 4 unverändert. Der 3. Satz soll wie folgt geändert werden:**

„Für die Baugebiete westlich der geplanten Nord-Süd-Grünachse soll der Rahmenplan in einer ersten Phase 2 Erschließungsalternativen enthalten, nämlich die von ARGUS Anfang 2016 vorgestellten verkehrlichen Varianten 3 (ggf.unter Einbeziehung der Überlegung, die von der Pinneberger Straße kommende nördliche Anbindung bis unmittelbar westlich des grünzugs zu verlängern) und 8b.

- (B) Hinter Punkt 3. Der Beschlussvorlage soll ein zusätzlicher Punkt 4. Angefügt werden:**

„Der Rahmenplan einschließlich der Erschließungsalternativen soll allen Wedelern in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt werden, ehe die politischen Gremien darüber endgültig entscheiden.



Herr Wuttke weist darauf hin, dass es heute durchaus nichts Besonderes mehr ist, mit alternativen Planungen in die Diskussion mit den Bürgern einzutreten und zwar, bevor die Politik entscheidet. Dem SPD-Antrag können die Grünen zustimmen. Zum eigenen Antrag erhofft Herr Wuttke sich eine breite Zustimmung. Da die Grüne-Fraktion mit dem Antrag der Linke-Fraktion einige Probleme hat, wird sie diesen Antrag nicht unterstützen.

Herr Schmidt führt aus, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, frühzeitig über die Planungen informiert zu werden. Er ist von der Variante 8b überzeugt und vertritt die Auffassung, dass sich der Rat hinsichtlich der Erschließung deutlich positionieren sollte.

Herr Schernikau macht deutlich, dass Variante 8b Konsens der AG Wedel Nord ist. Auch der CDU-Fraktion gefällt nicht alles, aber Variante 8b ist der gemeinsame Nenner aus der AG Wedel Nord. Mit Blick auf den Wortbeitrag von Herrn Wuttke erklärt Herr Schernikau für die CDU-Fraktion, dass diese die Nordspange nicht als heimliche Alternative zu einer Nordumfahrung sehe. Dazu fehlen zu viele Rahmenbedingungen. Herr Wuttke hat Recht damit, dass in der AG Wedel Nord noch nicht über das konkrete Aussehen der Erschließungsstraße diskutiert wurde. Aber dazu ist es auch noch zu früh. Natürlich muss über diesen komplexen Aspekt noch gesprochen werden. Jetzt sollte die Politik aber erst einmal den Rahmenplan beschließen. Allerdings: Einen Rahmenplan ohne Verkehrsanbindung zu beschließen käme einem Schildbürgerstreich gleich - nämlich einem Hausbau ohne Fenster. Die CDU-Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen.

Nach weiterer, länger andauernder Diskussion beantragt Herr Wuttke vor Beschluss über die Anträge eine kurze Unterbrechung der Sitzung. Der Stadtpräsident unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

Nach der Unterbrechung beschließt der Rat zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion mit 12:12:5 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Jetzt beschließt der Rat über den Antrag der Grüne-Fraktion mit 9:12:8 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Nun beschließt der Rat über den Antrag der Linke-Fraktion mit 6:18:5 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Vor Abstimmung über die Beschlussvorlage erklärt Herr Eichhorn für die SPD-Fraktion, dass diese der Beschlussvorlage zustimmen wird, obwohl der SPD-Änderungsantrag abgelehnt wurde.



Herr Dr. Murphy erklärt, dass die Linke-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen wird. Die Fraktion Die Linke, das betont Herr Dr. Murphy ausdrücklich, lehnt den Rahmenplan ab, nicht das Projekt Wedel Nord.

Herr Wuttke erklärt für die Grüne-Fraktion, dass diese aus denselben, von Dr. Murphy genannten, Gründen der Beschlussvorlage auch nicht zustimmen wird. Die Grünen sind sehr für das Projekt Wedel Nord, vermissen aber die Bereitschaft zu einem Beschluss auf breiten Füßen.

Jetzt beschließt der Rat über die Beschlussvorlage BV 2017/025 mit 17:12:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt:

4. Die Erarbeitung eines Rahmenplans, der das gesamte Entwicklungsgebiet Wedel Nord umfasst. Eine quartiersweise Entwicklung und den bedarfsgerechten Bau einer äußeren Erschließungsstraße in Abhängigkeit von der baulichen Entwicklung. Die verkehrliche „Variante 8b“, die als Ziel den Bau einer Verbindung zwischen Pinneberger Straße und Holmer Straße vorsieht. Die Zahl der neu zu errichtenden Wohneinheiten soll in einer Größenordnung von ca. 900 bis 1.000 liegen.
5. Einen Anteil im öffentlich geförderten Wohnungsbau von 30 % aller zu errichtenden Wohneinheiten.
6. Ein Controlling des Projektes.

10.) Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalbindung **Vorlage: BV/2017/008/1**

Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Beschlussvorlage vor. Für die WSI-Fraktion erklärt er, dass die WSI zustimmen wird, wenn die WSI auch nicht davon überzeugt ist, dass alle genannten Maßnahmen zu einer Mitarbeitergewinnung und -bindung beitragen werden.

Herr Barop für die SPD-Fraktion erklärt, dass die SPD es begrüßen würde, wenn eine Dienst- oder Betriebsvereinbarung mit dem Personalrat geschlossen werden würde.

Der Bürgermeister erwidert, dass geplant ist, eine Vereinbarung mit dem Personalrat zu treffen.

Sodann beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt die empfohlenen Maßnahmen zur Personalbindung und -gewinnung ab 1.3.2017.

Das Budget beträgt 35.000,-- €.

Dem Haupt- und Finanzausschuss wird jährlich ein Überblick über die getroffenen Maßnahmen vorgelegt.

11.) Mitteilungen und Anfragen

11.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Herr Schmidt informiert den Rat darüber, dass die Genehmigung des Haushaltes vorläge und zwar mit den Parametern, über die die Fraktionsvorsitzenden bereits informiert wurden.

**11.2.) Vorlage einer Stadtverordnung gemäß § 55 Abs. 3 LVwG
hier: Verkaufsoffener Sonntag anlässlich des Frühjahrsmarktes und
Herbstmarktes 2017
Vorlage: MV/2017/009**

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.3.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

11.4.) Mündliche Mitteilungen und Anfragen

Es gibt weder mündliche Anfragen noch mündliche Mitteilungen.

12.) Stadtparkasse Wedel

12.1.) Stellungnahme und Antrag des Seniorenbeirates

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates verliest den Antrag und die Stellungnahme des Seniorenbeirates vor. Beides ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

12.2.) Antrag der Bd.90/Grüne-Fraktion

Siehe TOP 12.3

12.3.) Öffentliche Beratung zu der nichtöffentlichen Beschlussvorlage Stdtsparkasse

Der Bürgermeister trägt den Beschlussvorschlag vor, da die Beschlussvorlage vom Haupt- und Finanzausschuss ohne Empfehlungsbeschluss in den Rat geschoben wurde. Er weist darauf hin, dass nach dem Sparkassengesetz über die Schließung von Filialen nicht der Rat sondern der Verwaltungsrat der Stadtparkasse entscheidet und zwar auf Vorschlag der Geschäftsführung. Der Rat kann eine Stellungnahme abgeben. Über diese ist heute zu beschließen.

Der Verwaltungsrat hat den Vorschlag der Geschäftsführung gebilligt. Änderungswünsche hierzu kann der Rat nicht verlangen.

Herr Wuttke verliest jetzt den Antrag der Grüne-Fraktion. Dieser hat folgenden Wortlaut:

Antrag

(1) Ergänzung im 2. Absatz zum Standort Moorwegsiedlung:

Dazu soll analog dem Vorschlag des Seniorenbeirates auch weiterhin das Angebot einer tageweisen Präsenz von Mitarbeitern vor Ort gehören.

(2) Änderung von Satz 2 des 3. Absatzes zu einem zukünftigen Automatenstandort in Elbnähe:

Um die Schließung der Filiale Doppeleiche zu kompensieren, ist aber Bedingung, dass ein neuer Standort mit geld-und Überweisungsautomat sowie

Kontoauszugdrucker eingerichtet wird. Dieser soll im Bereich des dicht bewohnten Elbhochufers liegen, beispielsweise am Hans-Böckler-Platz.

Zu Pkt.1 des Antrages erklärt Herr Wuttke, dass die Grünen es begrüßen würden, wenn die Stadtparkasse mit Personal zu bestimmten Zeiten über einen bestimmten Zeitraum weiterhin vor Ort sein und das Ergebnis auswerten würde.

Zu Pkt. 2 des Antrages führt Herr Wuttke aus, dass die Grünen der Auffassung sind, dass für die wegfallende Filiale bei der Doppeleiche ein Ersatz geschaffen werden muss. Nun plant die Stadtparkasse, diesen Ersatz am Hafenkopf zu schaffen, also weit entfernt von dort, wo viele Menschen und besonders viele ältere und alte Menschen leben. Aus wirtschaftlichen Aspekten mag man den Argumenten der Sparkasse folgen können, so Herr Wuttke. Aber die Sparkasse hat auch die Verpflichtung der örtlichen Versorgung der Bevölkerung, damit diese ihre Bankgeschäfte tätigen kann. Ihm ist bewusst, dass der Rat keine Forderungen in dieser Hinsicht stellen kann. Umso wichtiger ist nach Auffassung Herrn Wuttkes eine breite Ratsmehrheit für eine eindeutige Stellungnahme im Sinne der vielen Anwohner des Elbhochufers.

Herr Dr. Murphy ist nicht sehr erstaunt über die Beschlussvorlage an sich. Landauf, landab werden Filialen geschlossen. Wedel ist da keine Ausnahme. Überraschend ist für ihn allerdings die Begründung für die Schließung. Ohne diese wäre danach die dauerhafte Existenz der Stadtparkasse Wedel gefährdet. „Das ist der argumentative Hammer“ stellt Herr Dr. Murphy fest. Dieses insbesondere dann, wenn man sich die neuesten Geschäftsberichte der Sparkasse aus den Jahren 2015 und 2016 ansieht. 2015 heißt es noch: Schließungen von Filialen sind nicht geplant. 2016 ist zu lesen, dass sich die Sparkasse auf solidem Kurs befindet. Verwunderlich ist die Aussage in der Beschlussvorlage hinsichtlich einer Existenzgefährdung der Sparkasse auch unter dem Aspekt, dass die Stadt Wedel unlängst eine 10.000 Millionen - Euro-Einlage getätigt hat. Und nur 2 Jahre später soll die Sparkasse plötzlich nur noch durch die Schließung von 2 Filialen zu retten sein? Das ist für die Linke-Fraktion nur schwer vorstellbar. Aus seiner Fraktion kam dann auch sofort die Aussage „Das ist die Quittung für die 10 Millionen-Einlage“ Der Beschlussvorlage mit der vorgeschlagenen Stellungnahme werden die Linken nicht zustimmen. Unterstützen können die Linken die Anträge des Seniorenbeirates und der Grüne-Fraktion.

Herr Schmidt macht deutlich, dass Stadt und Rat als Träger der Stadtparkasse für dieses Institut stehen. Der Wortbeitrag von Herrn Dr. Murphy wird diesem nach Auffassung des Bürgermeisters nicht gerecht. Die Stadtparkasse ist gesund.. Aber Banken leben in einem Umfeld von Negativzinsen, was man sich bis vor wenigen Jahren nicht einmal ansatzweise vorstellen konnte. Alle Geldinstitute, nicht nur die Stadtparkasse, sind aufgefordert, sich unter diesen veränderten Bedingungen neu aufzustellen. Es ist im Übrigen vollkommen falsch, in diesem Zusammenhang die getätigte 10 Millionen-Einlage ins Spiel zu bringen. Aus dieser erzielt die Stadt jährlich 400.000,00 Einnahmen für den städtischen Haushalt.

Herr Dr. Bakan verliest die Stellungnahme für die WSI-Fraktion. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Koschorrek signalisiert Zustimmung zu dem Antrag des Seniorenbeirates. Geldautomaten müssen dort stehen, wo die Menschen wohnen und leben. Auch die FDP-Fraktion kann nachvollziehen, dass aus wirtschaftlichen Gründen ein Geldautomat in einem touristischen Umfeld am Hafen bevorzugt wird. Aber in



Anbetracht der vielen Bewohner des Elbhochufers gehört genau dort ein Geldautomat hin. Darüber hinaus teilt sie die Aussagen der WSI-Fraktion.

Herr Eichhorn erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese dem Antrag des Seniorenbeirates zustimmen wird. Es ist außerdem sinnvoll, einen Geldautomaten am Hans-Böckler-Platz bzw. in dessen Umgebung einzurichten statt am Hafen. Die Stadtparkasse gehört uns, so Herr Eichhorn. Zwar kann der Rat keinen direkten Einfluss nehmen, aber eine eindeutige Stellungnahme ist durchaus ein richtiges Signal.

Herr Kissig zeigt in einem längeren Wortbeitrag auf, weshalb die Sparkasse aufgrund der Zinsentwicklung und dem tiefgehenden strukturellen Wandel gezwungen ist, zu handeln. Nicht nur Geldinstitute müssen sich dem strukturellen Wandel, hervorgerufen durch das Internet, stellen, auch der Einzelhandel ist betroffen. Jeder strukturelle Wandel trifft die Menschen, oft insbesondere ältere Menschen. Das ist auch in diesem Fall so. Es ist nachvollziehbar, dass 70- und 80-Jährige oder noch ältere Menschen sich nicht mehr mit Online-Banking oder dem Kauf übers Internet befassen. Das ist das Schwierige. Irgendwie haben alle Recht. Insofern unterstützt die CDU die Ideen und das Angebot der Stadtparkasse, Hausbesuche im Moorweggebiet anzubieten und an Markttagen vor Ort zu sein. Den Antrag, einen Geldautomaten im Bereich Hans-Böckler-Platz anzusiedeln, unterstützt die CDU dagegen nicht.

Herr Helms vom Seniorenbeirat vermutet, dass die Hausbesuche eher dem Abschluss von Versicherungen dienen sollen, als älteren Menschen einfach bei einer Überweisung zu helfen. Im Moorweggebiet sind 1/3 aller dort wohnenden Menschen über 60 Jahre alt, so Herr Helms. Von diesen wickeln gerade einmal 10 % ihre Bankgeschäfte über Online-Banking ab.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Rat über den Antrag des Seniorenbeirates bei 1 Enthaltung und 28 Ja-Stimmen:

Beschluss

Der Antrag des Seniorenbeirates wird unterstützt. Die Verwaltung wird gebeten, die Stadtparkasse entsprechend zu informieren und den Antrag weiterzuleiten.

Zum Antrag der Grüne-Fraktion stellt der Stadtpräsident fest, dass aufgrund des Beschlusses über den Antrag des Seniorenbeirates nicht mehr über Pkt. 1 abgestimmt werden muss.

Über Pkt.2 des Antrages der Grüne-Fraktion beschließt der Rat jetzt mit 12:16:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Nun beschließt der Rat über die Beschlussvorlage mit 22:6:1 Stimmen (Ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat beschließt folgende Stellungnahme:



„Es wird anerkannt, dass durch das sich verändernde Kundenverhalten betriebswirtschaftlich notwendige Veränderungsprozesse angeschoben werden müssen. Um die Sparkasse langfristig in ihrer Wirtschaftlichkeit und Eigenständigkeit zu sichern, werden die Umstrukturierungsmaßnahmen gebilligt.

Vor dem Hintergrund der Daseinsvorsorge ist jedoch weiterhin die Versorgung des Moorweggebietes und des südlichen Stadtgebietes mit Bankleistungen, über das digitale Angebot hinaus, sicher zu stellen.

Daher wird es begrüßt, dass die Filiale im Moorweg lediglich in eine Selbstbedienungs-Filiale umgewandelt wird und dass neben der Schließung der Filiale Doppeleiche zumindest eine weitere Möglichkeit der Bargeldversorgung in Elbnähe geschaffen werden soll. Dieser noch zu schaffende neue Geldautomat im südlichen Stadtgebiet ist hierzu aber Bedingung, um die Schließung der Filiale Doppeleiche zu kompensieren.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen soll ein betriebsbedingter Personalabbau jedoch vermieden werden. Wie vom Vorstand beschrieben, sollen die Personalkapazitäten im Rahmen der natürlichen Fluktuation abgebaut werden.“

15.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es gab keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.

Stadtpräsident

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift _____

